

++One World Media informiert++ One World Media informiert++ One World Media

Ein neuer Akt israelischer Staatsterrorismus. Bundesregierung trägt Mitverantwortung

Freiheits-Flottille nach Gaza im Internationalen Gewässer angegriffen: 19 Teilnehmer ermordet, zahlreiche verwundet

In einem beispiellosen Akt der Piraterie haben israelische Kriegsschiffe und Kampfhubschrauber die Schiffe der Freiheits-Flottille, die mit Hilfsgütern auf dem Weg nach Gaza war, in internationalen Gewässern angegriffen. Das israelische Fernsehen gab am frühen Morgen des heutigen Montag die Zahl der Ermordeten mit 16 an. Die Zahl der zum Teil schwer Verwundeten wurde nicht genannt. Eine endgültige Bilanz ist derzeit nicht möglich. Dieser Angriff wurde vom israelischen Kabinett befohlen und bereits vor einigen Tagen angekündigt.

Laut vorliegender Informationen wurden bei dem Angriff führende Politiker der Palästinenser aus Israel gezielt hingerichtet. Unter den Schwerverwundeten befindet sich der führende Repräsentant der israelischen Palästinenser, Scheich Raed Salah. Die Schiffe wurden gekidnappt und aus den internationalen Gewässern in israelische Häfen verschleppt, die an Bord befindlichen Menschen in extra errichtete Gefangenenlager gebracht.

Der Angriff begann um Mitternacht mit Hilfe von Kampfhubschraubern der israelischen Armee. Bis die Sendung unterbrochen wurde, berichtete das Team von Al Jazeera live vom türkischen Schiff, das die Flottille anführte, über den Angriff und zeigte Bilder von den am Angriff beteiligten israelischen Schiffen und Kampfhubschraubern. Die an Bord befindliche Abgeordnete Hanin Zo'bi rief die Angreifer durch Lautsprecher in hebräischer Sprache auf, nicht mit scharfer Munition zu schießen. Sie erklärt gegenüber einer israelischen Zeitung: Das ist ein Piratenakt der israelischen Armee. Wir befanden uns in internationalen Gewässern, 100 Meilen von der Küste entfernt, als wir angegriffen wurden. Die Welt soll wissen, dass Israel eine Besatzungsmacht ist, die Kriegsverbrechen begeht.

Die Freiheitsflottille setzte sich am Sonntag um 15 Uhr Ortszeit Richtung Gaza in Bewegung. Sie setzte sich zusammen aus einem von Kuwait finanzierten Frachtschiff, das unter der Flagge von Kuwait und der Türkei fährt, einem von Algerien mit Solidaritätsgüter beladenen Schiff, einem weiteren Schiff mit Solidaritätsgüter aus Schweden und Griechenland und drei weiteren Passagierschiffen, darunter eines mit dem Namen „8000“ als Hinweis auf die 8.000 in israelischen Gefangenenlagern befindlichen palästinensischen Freiheitskämpfer. Hinzu kam ein türkisches Passagierschiff, auf dem sich der größte Teil der Solidaritätsteilnehmer befanden. In den nächsten Stunden sollte sich ein Frachtschiff aus Irland der Flottille anschließen.

An dieser Solidaritätsaktion beteiligen sich 750 Teilnehmer aus 40 Ländern. Unter ihnen befinden sich allein 44 Abgeordnete und Politiker, darunter 10 algerische Abgeordnete. Die Fracht besteht aus 10.000 Tonnen medizinischer Hilfsgüter sowie Baumaterial und 100 Fertighäusern für die durch den israelischen Angriffskrieg Anfang 2009 obdachlos gewordenen palästinensischen Familien, ferner 500 Rollstühle.

Die türkische Regierung verurteilt in einer Erklärung des Außenministeriums diesen verbrecherischen Akt und bezeichnet ihn als flagrante Verletzung des Völkerrechts, der

schwerwiegende und irreparable Konsequenzen für die türkisch-israelischen Beziehungen zur Folge haben werde. Der israelische Botschafter in Ankara wurde einbestellt. Ihm wurde mitgeteilt, dass dieser Akt gegen friedliche Menschen nicht hinnehmbar sei und dass Israel die Konsequenzen für diese flagrante Verletzung des Völkerrechts zu tragen habe. Die türkische Regierung hat eine Krisensitzung einberufen. Der Ministerpräsident der Türkei hat seinen Chile-Besuch unterbrochen und kehrt in die Türkei zurück. Demonstranten belagern seit den frühen Morgenstunden nicht nur die Botschaft, sondern auch das private Wohnhaus des israelischen Botschafters in Ankara.

Dr. Butheina Shabaan, politische Beraterin des syrischen Präsidenten Bashir el Assad, erklärte: „Es ist Zeit, dass die Weltgemeinschaft der kriminellen Politik der israelischen Machthaber Einhalt gebietet. Diese Politik ist eine Herausforderung für alle freiheitsliebenden Menschen der Welt und nicht nur für die arabischen Völker.“ Sie forderte die Staatsterroristen in Israel endlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Emir von Qatar erklärte: „Jeder, der die Worte Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie in den Mund nimmt, ist aufgefordert, der verbrecherischen Politik der israelischen Besatzer Einhalt zu gebieten. Diese freiheitsliebenden Menschen haben die arabischen Völker und die Menschheit vor einer existentiellen Frage gestellt: Leben oder Tod, Freiheit oder Sklaverei“.

Die gewählte Regierung in Gaza rief alle Freiheitsliebenden in der Welt zu Protestaktionen gegen dieses erneute Verbrechen der israelischen Besatzer auf. Ministerpräsident Haniyeh verurteilte den mörderischen Akt israelischer Piraterie. Er forderte den Generalsekretär der UNO auf, die Teilnehmer der Freiheitsflottille unter seinen Schutz zu stellen und bezeichnete den Angriff als organisierten Staatsterrorismus. „Was geschehen ist, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

Dr. Jamal Zahalkah, Vorsitzender der Fraktion der arabischen Abgeordneten in der israelischen Knesset, rief die Palästinenser in Israel zum Generalstreik und zu Demonstrationen heute und morgen auf und bezeichnete den Angriff der israelischen Armee als Verbrechen auf Befehl des obersten Piraten Netanyahu und des Kriegsverbrechers Ehud Barak. Er erklärte: „Barak hat der israelischen Armee den Befehl erteilt, um jeden Preis die Ankunft der Flottille in Gaza zu verhindern.“ Er forderte die Internationale Gemeinschaft auf, Israel und seine führenden Politiker für diese Tat zur Verantwortung zu ziehen. „Diese barbarische Operation wurde wochenlang vorbereitet, auf allen Ebenen. Wir können heute begreifen, warum der Sprecher der Besatzungsarmee seit Wochen wiederholt hat, dass sich an Bord der Flottille Terroristen befänden.“

One world media erklärt:

Die deutsche Bundesregierung trägt Mitverantwortung für diesen verbrecherischen Akt der israelischen Besatzer. Die Unterstützung der nunmehr über 43 Jahre andauernden israelischen Besatzung gehört zur deutschen Staatsräson. Die zionistischen Machthaber in Israel wären ohne die militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage ihre Politik der fortgesetzten Missachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte zu betreiben. Es ist an der Zeit, dass sich die demokratisch und humanistisch gesinnten Menschen die Forderung der Teilnehmer der Freiheits-Flottille zu eigen machen.

Der Tod der Teilnehmer der Freiheitsflottille darf nicht sinnlos sein. Die kriminelle Strangulierung der Bewohner des Gazastreifens muss sofort beendet und die Blockade aufgehoben werden. Die israelische Besatzung muss beendet werden.

v.i.S.d.P. Dipl. Pol. Said Dudin. 10715 Berlin